

Vorwort

Dieses Buch ist aus einer Erfahrung heraus entstanden, die viele Menschen in der öffentlichen Verwaltung kennen dürften: Man betreut Förderprogramme, prüft Verwendungsnachweise, erlässt Bescheide — und bemerkt mit der Zeit, dass sich hinter all diesen alltäglichen Vorgängen ein rechtliches Gefüge verbirgt, das selten systematisch vermittelt wird. Dieses Buch möchte diese Lücke schließen.

Es richtet sich an Menschen, die im Zuwendungsrecht tätig sind, ohne zwingend eine juristische Ausbildung absolviert zu haben: Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in Bewilligungsbehörden, Projektverantwortliche in Trägervereinen, Mitarbeitende in Zwischengeschalteten Stellen oder schlicht alle, die mit der Beantragung, Bewilligung oder Abrechnung von Fördermitteln in Berührung kommen.

Das Zuwendungsrecht ist in der täglichen Praxis sehr konkret — und doch ruht es auf einem allgemeinverwaltungsrechtlichen Fundament, das ohne ein Grundverständnis schnell zur Quelle von Unsicherheit wird. Warum darf eine Behörde einen bereits erlassenen Bescheid wieder zurücknehmen? Welche Bedeutung hat die Bestandskraft eines Verwaltungsakts? Was unterscheidet eine Auflage von einer Bedingung? Solche Fragen tauchen in der Praxis täglich auf — dieses Buch gibt darauf verständliche, normbasierte Antworten.

Die Darstellung folgt bewusst einem didaktischen Ansatz: Zunächst werden die allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundlagen erläutert, anschließend wird jeweils der Bezug zum Zuwendungsrecht hergestellt. Zahlreiche Beispiele veranschaulichen, wie abstrakte Rechtsnormen im Förderalltag wirken. Die verwendeten Beispiele entstammen der Beratungspraxis und dem eigenen Verwaltungshandeln — sie sind bewusst so gewählt, dass sie typische Konstellationen widerspiegeln, ohne auf Einzelfälle abzustellen.

Rechtliche Vollständigkeit ist nicht das Ziel dieses Buches. Es ist kein Kommentar und kein Handbuch für Juristen. Es ist ein Arbeitsbuch für die Praxis — geschrieben in der Überzeugung, dass ein solides Grundverständnis des allgemeinen Verwaltungsrechts die Qualität der Zuwendungsarbeit spürbar verbessert und gleichzeitig die Rechtssicherheit für alle Beteiligten erhöht.

Bitte beachten Sie auch den kurzen Leitfaden zum Lernen und Arbeiten mit diesem Buch auf Seite XV.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre und vor allem: mehr Sicherheit im täglichen Umgang mit dem Verwaltungsrecht.

Sven Gumpert
Februar 2026

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	XI
Einleitung	XIII
Leitfaden zum Lernen und Arbeiten mit dem Buch	XV
1. Grundlagen und Begriffe	1
Im Zuwendungsrecht	1
2. Begriff der Verwaltung	3
2.1 Einführung: Warum der Verwaltungsbegriff wichtig ist.....	3
2.2 Verwaltung im System der Gewaltenteilung.....	4
2.3 Der formelle Verwaltungsbegriff	5
2.4 Der materielle Verwaltungsbegriff	5
2.5 Der organisatorische Verwaltungsbegriff.....	5
2.6 Arten der Verwaltung	6
2.6.1 Eingriffs- und Leistungsverwaltung.....	6
2.6.2 Hoheitliches und fiskalisches Handeln	6
2.7 Abgrenzung zu Gesetzgebung und Rechtsprechung.....	6
2.8 Verwaltung und Grundrechte.....	7
2.9 Verwaltung als Dienstleister und Rechtsanwender	7
2.10 Zusammenfassung	8
Wiederholungsfragen zu Kapitel 2.....	8
3. Rechtsquellen des Verwaltungsrechts.....	11
3.1 Aufbau einer rechtlichen Norm	12
3.1.1 Der Aufbau einer Rechtsnorm	12
3.1.2 Anwendung in der Praxis (Subsumtion).....	12
3.2 Wichtige Quellen im Verwaltungs-/Zuwendungsrecht.....	12
3.2.1 Grundgesetz (GG)	12
Grundsatz: Zuständigkeit der Länder	13
Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	13

Konkurrierende Gesetzgebung	14
Abweichungsgesetzgebung	14
3.2.2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)	15
Warum das VwVfG im Bereich des Zuwendungsrechts wichtig ist	15
3.2.3 Haushaltsrecht (BHO/LHO).....	16
3.2.4 Spezialgesetze bei Förderungen	16
3.2.5 Europarecht.....	16
3.3 Verwaltungsvorschriften	17
3.3.1 Was sind Verwaltungsvorschriften?.....	17
3.3.2 Wozu dienen Verwaltungsvorschriften?.....	18
3.3.3 Die besondere Bedeutung im Zuwendungsrecht.....	19
3.3.4 Entstehung und Aufhebung von Verwaltungsvorschriften	20
3.4 Fazit.....	21
Wiederholungsfragen zu Kapitel 3	21
4. Verwaltungshandeln	23
4.1 Wirkung von Verwaltungshandeln	23
4.2 Der Verwaltungsakt (§ 35 VwVfG)	23
4.3 Realakte	24
4.4 Öffentlich-rechtlicher Vertrag (§§ 54 ff. VwVfG).....	24
4.5 Schlichtes Verwaltungshandeln	24
4.6 Wahl der Handlungsform	25
Wiederholungsfragen zu Kapitel 4	27
5. Der Verwaltungsakt im Detail (§§ 35–43 VwVfG)	29
5.1 Tatbestandsmerkmale des Verwaltungsakts	29
Hoheitliche Maßnahme	30
Behörde.....	31
Gebiet des öffentlichen Rechts	31
Regelung eines Einzelfalls	32
Außenwirkung	32
5.2 Abgrenzung zu Realakt und öffentlich-rechtlichem Vertrag.....	35
5.3 Formelle Anforderungen (§§ 37, 39 VwVfG).....	35
Bestimmtheit (§ 37 VwVfG).....	36

Begründungspflicht (§ 39 VwVfG)	36
5.4 Bekanntgabe und Wirksamkeit (§§ 41, 43 VwVfG)	37
Bekanntgabefiktionen	37
Bekanntgabe und Fristen.....	39
5.5 Fehlerhafte Verwaltungsakte	39
5.5.1 Rechtswidrigkeit.....	39
5.5.2 Nichtigkeit (§ 44 VwVfG)	39
5.6 Heilung von Verfahrensfehlern (§ 45 VwVfG)	40
5.7 Bestandskraft des Verwaltungsakts	41
Formelle Bestandskraft	41
Materielle Bestandskraft	41
5.8 Nebenbestimmungen (§ 36 VwVfG).....	42
Befristung (§ 36 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG).....	42
Bedingung (§ 36 Abs. 2 Nr. 2 VwVfG).....	43
Auflage (§ 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG).....	43
Widerrufsvorbehalt (§ 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG).....	44
Auflagenvorbehalt (§ 36 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG).....	44
Verhältnismäßigkeit von Nebenbestimmungen	44
5.9 Auflagen im Zuwendungsrecht	45
5.9.1 Auflage nach §36 Abs.2 Nr. 4 VwVfG -Grundlage	46
Begriff und Rechtsnatur	46
Abgrenzung zu Bedingung und Befristung	47
5.9.2 Eigenständige und nicht eigenständige Auflagen	48
Die zentrale Weichenstellung: Trennbarkeit.....	48
Eigenständig anfechtbare Auflagen.....	48
Nicht eigenständig anfechtbare Auflagen.....	50
5.9.3 Abgrenzungskriterien in der Praxis.....	52
Die Hypothetische-Genehmigung-Methode	52
Bedeutung der Formulierung im Bescheid	53
Auflagen aus Verwaltungsvorschriften (ANBest).....	54
5.9.4 Rechtsschutz gegen Auflagen im Zuwendungsrecht	54
Anfechtungsklage gegen eigenständig anfechtbare Auflagen	54

Rechtsschutz gegen nicht eigenständig anfechtbare Auflagen	55
5.9.5 Vollziehung und Widerruf bei Auflageverstoß	56
Durchsetzung von Auflagen	56
Widerruf nach § 49 Abs. 3 Nr. 2 VwVfG bei Auflageverstoß	56
Besonderheit: Widerruf bei Verletzung einer nicht eigenständig anfechtbaren Auflage	57
5.9.6 Zusammenfassung und Prüfungsschema Auflagen	58
5.10 Fazit.....	59
Wiederholungsfragen zu Kapitel 5	60
6. Ermessen und unbestimmter Rechts-begriff	61
6.1 Begriff und Bedeutung des Verwaltungsermessens	61
6.2 Abgrenzung: Ermessen und unbestimmter Rechtsbegriff	62
6.2.1 Unbestimmter Rechtsbegriff.....	63
6.2.2 Beurteilungsspielraum.....	63
6.2.3 Synoptische Gegenüberstellung	63
6.3 Arten des Verwaltungsermessens	64
6.3.1 Entschließungsermessens.....	64
6.3.2 Auswahlermessen.....	65
6.3.3 Gestaltungsermessens	65
6.4 Grenzen der Ermessensausübung	66
6.4.1 Gesetzmäßigkeit und Zweckbindung.....	66
6.4.2 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	66
6.4.3 Gleichbehandlungsgrundsatz	67
6.5 Ermessensfehlerlehre	67
6.5.1 Ermessensnichtgebrauch.....	68
6.5.2 Ermessensüberschreitung	68
6.5.3 Ermessens Fehlgebrauch	69
6.5.4 Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	69
6.6 Selbstbindung der Verwaltung und Ermessensreduzierung auf Null .	70
6.6.1 Selbstbindung durch Verwaltungspraxis.....	70
6.6.2 Ermessensreduzierung auf Null	70
6.7 Gerichtliche Kontrolldichte	71
6.8 Ermessen in der Bescheidpraxis: Dokumentation und Begründung ..	71

6.8.1	Erkennbarkeit des Ermessens in der Begründung	71
6.8.2	Dokumentation im Verwaltungsvorgang	72
6.8.3	Checkliste: Ermessensfehlerfreie Begründung	72
6.9	Ermessen im Zuwendungsrecht: ausgewählte Fallkonstellationen.....	73
6.9.1	Widerruf wegen Auflagenverletzung (§ 49 Abs. 3 Nr. 1 VwVfG)..	73
6.9.2	Teilwiderruf bei zweckwidriger Verwendung	73
6.9.3	Ermessen bei der Ausgestaltung von Nebenbestimmungen	74
6.10	Zusammenfassung und Prüfungsschema	76
	Wiederholungsfragen zu Kapitel 6	76
7.	Rücknahme, Widerruf und Erstattung (§§ 48, 49, 49a VwVfG)	77
7.1	Systematische Einordnung: Rücknahme versus Widerruf	77
7.2	Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte (§ 48 VwVfG).....	81
7.2.1	Grundstruktur und Anwendungsbereich	81
7.2.2	Rücknahme belastender Verwaltungsakte	81
7.2.3	Rücknahme begünstigender Verwaltungsakte: Vertrauensschutz (§ 48 Abs. 2 VwVfG).....	81
7.2.4	Ausschlussgründe des Vertrauensschutzes (§ 48 Abs. 2 Satz 3 VwVfG).....	82
7.2.5	Jahresfrist bei der Rücknahme (§ 48 Abs. 4 VwVfG).....	83
7.2.6	Ermessen bei der Rücknahme und Rückwirkung	84
7.3	Widerruf rechtmäßiger Verwaltungsakte (§ 49 VwVfG)	84
7.3.1	Grundstruktur und Systematik	84
7.3.2	Widerruf belastender Verwaltungsakte (§ 49 Abs. 1 VwVfG)	84
7.3.3	Widerruf begünstigender Verwaltungsakte (§ 49 Abs. 2 VwVfG)	85
7.3.4	Widerruf von Geldleistungsbescheiden (§ 49 Abs. 3 VwVfG) — Das Herzstück im Zuwendungsrecht.....	85
7.3.5	Jahresfrist beim Widerruf (§ 49 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 48 Abs. 4 VwVfG).....	86
7.3.6	Abgrenzung Rücknahme und Widerruf in der Praxis	87
7.4	Erstattung und Verzinsung (§ 49a VwVfG).....	87
7.4.1	Erstattungspflicht nach § 49a Abs. 1 VwVfG.....	87
7.4.2	Umfang der Erstattungspflicht	88
7.4.3	Verjährung des Erstattungsanspruches	90

7.4.4 Erstattungsanspruch bei Überzahlungen.....	91
7.4.5 Zinspflicht nach § 49a Abs. 3 VwVfG (Rückzahlung)	92
7.4.6 Beginn der Zinspflicht.....	92
7.4.7 Ende der Zinspflicht	94
7.4.8 Ermessen bei der Geltendmachung von Zinsen (Erstattung).....	94
7.4.9 Billigkeitserlass und Härteklausele	96
7.4.10 Zinspflicht nach §49a Abs.4 VwVfG (Verwendungsfrist)	96
7.4.11 Ermessen bei der Geltendmachung von Zinsen (Verwendungsfrist)	97
7.5 Vertrauensschutz: Vertiefung und Fallgruppen.....	98
7.5.1 Voraussetzungen des Vertrauensschutzes	98
7.5.2 Dispositionsfallgruppen im Zuwendungsrecht	98
7.5.3 Abwägung: Öffentliches Interesse versus Vertrauen.....	99
7.6 Verfahrensrechtliche Anforderungen: Anhörung und Begründung.....	99
7.7 Zusammenfassung: Prüfungsschema für Aufhebungsentscheidungen	100
Wiederholungsfragen zu Kapitel 7	101
8. Rechtsbehelfe im Zuwendungsrecht	103
8.1 Das Widerspruchsverfahren (§§ 68 ff. VwGO)	103
8.1.1 Funktion und Grundstruktur	103
8.1.2 Wegfall des Widerspruchsverfahrens in den Bundesländern	104
8.1.3 Kosten des Widerspruchsverfahrens	105
8.2 Klagearten im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	105
8.2.1 Anfechtungsklage (§ 42 Abs. 1 Alt. 1 VwGO).....	105
8.2.2 Verpflichtungsklage (§ 42 Abs. 1 Alt. 2 VwGO).....	106
8.2.3 Feststellungsklage (§ 43 VwGO) und Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO).....	106
8.2.4 Allgemeine Leistungsklage	107
8.3 Einstweiliger Rechtsschutz	107
8.3.1 Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO: Wiederherstellung aufschiebender Wirkung	107
8.3.2 Antrag nach § 123 VwGO: Einstweilige Anordnung	108
8.4 Fristen und Zuständigkeit.....	108

8.5 Gerichtliche Kontrolldichte im Zuwendungsrecht	108
8.6 Verfahrenskosten und strategische Überlegungen	109
8.7 Zusammenfassung und Prüfungsschema	109
Wiederholungsfragen zu Kapitel 8.....	112
9. Besonderheiten des Verwaltungsverfahrens	113
9.1 Mitwirkungspflichten der Beteiligten	113
9.1.1 Der Amtsermittlungsgrundsatz (§ 24 VwVfG)	113
9.1.2 Mitwirkungspflichten im Antragsstadium	114
9.1.3 Mitwirkungspflichten bei Durchführung und beim Verwendungsnachweis.....	114
9.1.4 Folgen der Verletzung von Mitwirkungspflichten.....	115
9.2 Prüfungsrechte der Verwaltung	115
9.2.1 Rechtsgrundlagen des Prüfungsrechts	116
9.2.2 Verwaltungsmäßige Prüfung des Verwendungsnachweises	116
9.2.3 Vor-Ort-Kontrollen.....	116
9.2.4 Rechnungshofkontrolle und externe Prüfung	117
9.3 Digitalisierung des Zuwendungsverfahrens	117
9.3.1 Elektronische Kommunikation (§ 3a VwVfG)	118
9.3.2 Automatisierte Verwaltungsakte (§ 35a VwVfG)	118
9.3.3 Elektronische Akte und digitale Belegprüfung.....	119
9.4 Datenschutz im Zuwendungsverfahren	119
9.4.1 Rechtsgrundlagen: DSGVO und § 30 VwVfG	119
9.4.2 Grundsätze der Datenverarbeitung im Zuwendungsverfahren ..	120
9.4.3 Informationspflichten und Betroffenenrechte.....	120
9.5 Subventionsrechtliche Besonderheiten und Strafrecht	121
9.5.1 Subventionsbetrug (§ 264 StGB).....	121
9.5.2 Subventionserheblichkeit.....	121
9.5.3 Dokumentationspflichten der Behörde	122
9.6 Europäisches Beihilfenrecht	122
9.6.1 Grundlagen des Beihilfenverbots (Art. 107 AEUV)	123
9.6.2 Ausnahmen und Freistellungen.....	123
9.6.3 Notifizierungspflicht und Durchführungsverbot.....	123
9.6.4 Beihilferechtliche Dokumentation	124

9.7 Beleihung und Projektträgerschaft.....	125
9.7.1 Begriff und Rechtsgrundlage der Beleihung	125
9.7.2 Projektträger und Zwischengeschaltete Stellen.....	125
9.7.3 Rechtsschutzfragen bei beliehenen Projektträgern	126
9.8 Zusammenfassung.....	126
Wiederholungsfragen zu Kapitel 9.....	129
10. Aktuelle Entwicklungen im Verwaltungsrecht	131
10.1 Digitalisierung und Automatisierung der Verwaltung	131
10.1.1 Stand der Umsetzung	131
10.1.2 Automatisierte Verwaltungsakte und KI-gestützte Bearbeitung	131
10.1.3 Interoperabilität und Once-Only-Prinzip.....	132
10.2 Fördermittel-Compliance und Korruptionsprävention	132
10.2.1 Compliance-Strukturen in der Verwaltung	133
10.2.2 Prüflintensität und Rechnungshofkontrolle	133
10.2.3 Interessenkonflikte und Vergaberechtsverstöße	133
10.3 Europäisierung des Verwaltungsrechts	134
10.3.1 Direktwirkung und Vorrang des Unionsrechts.....	134
10.3.2 Europäische Verwaltungskooperation	134
10.3.3 Rückforderungspflichten bei unionsrechtswidrigen Beihilfen...	134
10.4 Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Transformation.....	135
10.4.1 Do No Significant Harm (DNSH).....	135
10.4.2 Ökologische Konditionalitäten.....	136
10.4.3 Nachhaltigkeitsprüfung als Verfahrensschritt.....	136
10.5 Transparenz und Informationszugang	136
10.5.1 Informationsfreiheitsrecht.....	136
10.5.2 Subventionsberichte und Transparenzregister	137
10.5.3 Open Government und Partizipation.....	137
10.6 Künstliche Intelligenz in der Verwaltung	137
10.6.1 Der EU-AI-Act und seine Bedeutung für die Verwaltung	137
10.6.2 Rechtsstaatliche Anforderungen: Begründung und Überprüfbarkeit.....	138
10.6.3 KI zur Betrugserkennung und Risikoanalyse	138

10.7 Zusammenfassung und Ausblick.....	139
Wiederholungsfragen zu Kapitel 10.....	139
Anhang.....	141
Lösungshinweise zu den Wiederholungsfragen.....	141
Lösungen zu Kapitel 1: Grundlagen und Begriffe.....	141
Lösungen zu Kapitel 2: Begriff der Verwaltung	142
Lösungen zu Kapitel 3: Rechtsquellen des Verwaltungsrechts.....	143
Lösungen zu Kapitel 4: Verwaltungshandeln	144
Lösungen zu Kapitel 5: Der Verwaltungsakt im Detail	145
Lösungen zu Kapitel 6: Ermessen und unbestimmter Rechtsbegriff	147
Lösungen zu Kapitel 7: Rücknahme, Widerruf und Erstattung.....	148
Lösungen zu Kapitel 8: Rechtsbehelfe im Zuwendungsrecht	150
Lösungen zu Kapitel 9: Besonderheiten des Verwaltungsverfahrens.....	151
Lösungen zu Kapitel 10: Aktuelle Entwicklungen im Verwaltungsrecht..	152
FAQ: Typische Fragen aus dem Praxisalltag	155
1. Grundfragen zum Zuwendungsbescheid.....	155
2. Nebenbestimmungen.....	155
3. Änderungen während der Projektlaufzeit	156
4. Rücknahme und Widerruf (§§ 48, 49 VwVfG).....	158
5. Erstattung und Verzinsung (§ 49a VwVfG).....	159
6. Verfahren und Rechtsschutz	160
7. Grundfragen zur Form	161
8. Antragstellung.....	162
9. Bescheiderlass und Bekanntgabe	163
10. Anhörung und Akteneinsicht.....	163
11. Berichtigung und Rücknahme fehlerhafter Bescheide	164
12. Grundfragen zur Kommunikation.....	165
13. Beratungs- und Hinweispflichten	165
14. Dokumentation der Kommunikation	166
15. Fristen in der Kommunikation.....	167
16. Kommunikation bei laufenden Projekten	167
17. Kommunikation im Widerrufs- und Rückforderungsverfahren.....	168

Prüfungsschemata	169
Quellen- und Literaturnachweis	183
Stichwortverzeichnis	185

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: staatliches handeln

Abbildung 2: Beziehung Behörde oder privat

Abbildung 3: Gewaltenteilung und Verwaltungsbegriff

Abbildung 4: Normenhierarchie im Verwaltungsrecht

Abbildung 5: Handlungsformen der Verwaltung

Abbildung 6: Tatbestandsmerkmale Verwaltungsakt

§35 Satz 1 VwVfG

Abbildung 7: Nebenbestimmungen nach § 36 VwVfG

Abbildung 8: Verwaltungsermessen: Arten, Grenzen und Fehler

Abbildung 9: Rechtsbehelfe im Zuwendungsrecht

(§§ 42, 68 ff. VwGO)

Abbildung 10: Phasen des Zuwendungsverfahrens im Überblick

Einleitung

Das Zuwendungsrecht als Praxisfeld des Verwaltungsrechts

Das Verwaltungsrecht ist kein Selbstzweck. Es ist das rechtliche Regelwerk, das das Verhältnis zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern, zwischen Behörden und Organisationen ordnet.

Im Zuwendungsrecht — also im Bereich staatlicher Förderungen, Subventionen und Finanzhilfen — tritt dieses Regelwerk besonders deutlich hervor: Hier bewilligen Behörden Mittel, setzen Bedingungen, prüfen Verwendungen, nehmen Bescheide zurück oder fordern ausgezahlte Gelder zurück. Jeder dieser Schritte vollzieht sich auf verwaltungsrechtlicher Grundlage.

Hintergrund, warum das Verwaltungsrecht im zuwendungsrechtlichen Kontext so eine große Bedeutung hat, liegt daran, dass das Haushaltsrecht, also die Vorschriften welche Grundlage der Zuwendungsgewährung sind, selbst keine eigenen Vorschriften zum Verwaltungsverfahren haben bzw. die wenigen die es gibt keine Außenwirkung entfalten, also im Zuwendungsrechtlichen handeln nur intern binden sind aber eben nicht für die Antragstellenden bzw. Zuwendungsempfangenden.

Wer sich im Bereich der Zuwendungswährung bewegt, begegnet tagtäglich Begriffen wie Verwaltungsakt, Nebenbestimmung, Ermessen oder Bestandskraft. Das Grundverständnis dieser Begriffe ist keine akademische Übung — es entscheidet darüber, ob ein Bescheid rechtssicher erlassen wird, ob ein Widerruf standhält oder ob eine Rückforderung einer gerichtlichen Prüfung standhält.

Ziel und Zielgruppe

Dieses Buch verfolgt ein klares Ziel: Es soll Praktikerinnen und Praktikern im Zuwendungsrecht einen systematischen Zugang zum allgemeinen Verwaltungsrecht ermöglichen, ohne juristische Vorkenntnisse vorauszusetzen. Die Darstellung setzt auf Verständlichkeit, ohne auf Genauigkeit zu verzichten.

Die Zielgruppe umfasst insbesondere:

- Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in Bewilligungsbehörden auf Bundes- und Landesebene,
- Mitarbeitende bei Projektträgern, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und gemeinnützigen Organisationen,
- Fördermittelberaterinnen und -berater sowie Zwischengeschaltete Stellen,
- alle, die sich im Rahmen einer beruflichen Qualifizierung mit Verwaltungsrecht und Förderrecht befassen.

Tipps für die Arbeit mit diesem Buch

- ▶ Lesen Sie zunächst das **Vorwort und Kapitel 1**
- ▶ Steigen Sie bei Bedarf direkt in ein **Themenkapitel** ein
- ▶ Nutzen Sie die **Prüfungsschemata im Anhang**
- ▶ Bei Fragen aus dem Tagesgeschäft: direkt ins **FAQ**
- ▶ **Rechtliche Vollständigkeit ist nicht das Ziel – wohl aber ein solides Grundverständnis für die Praxis.**

Leitfaden zum Lernen und Arbeiten mit dem Buch

Kap. 1	Grundlagen & Begriffe des Zuwendungsrechts	Kap. 6	Ermessen & unbestimmter Rechtsbegriff
Kap. 2	Begriff der Verwaltung	Kap. 7	Rücknahme, Widerruf & Erstattung (§§ 48–49a VwVfG)
Kap. 3	Rechtsquellen des Verwaltungsrechts	Kap. 8	Rechtsbehelfe im Zuwendungsrecht
Kap. 4	Verwaltungshandeln (Überblick)	Kap. 9	Besonderheiten des Verwaltungsverfahrens
Kap. 5	Verwaltungsakt im Detail (§§ 35–43 VwVfG)	Kap. 10	Aktuelle Entwicklungen (KI, Digitalisierung, EU-Recht)

Empfohlener Lernweg pro Kapitel

1	Lesen Kapitel lesen, Praxisbeispiele beachten	2	Zusammenfassung Zusammenfassung am Kapitelende lesen	3	Testen Wiederholungsfragen beantworten	4	Vertiefen Lösungshinweise & FAQ im Anhang nutzen
----------	---	----------	--	----------	--	----------	--

Nützliche Materialien im Buch

Wiederholungsfragen	Am Ende jedes Kapitels – zur sofortigen Selbstkontrolle des Gelernten.
Lösungshinweise	Im Anhang – zum Abgleichen nach eigener Beantwortung der Fragen.
FAQ Praxisalltag	Im Anhang – 17 thematische Abschnitte zu typischen Förderfragen.
Prüfungsschemata	Im Anhang – strukturierte Schemas z. B. für §§ 48, 49, 49a VwVfG.
Gesetzesauszüge	Im Anhang – zentrale Normen im Wortlaut, kein Gesetzesheft nötig.

1. Grundlagen und Begriffe

Das Verwaltungsrecht ist ein Teilbereich des öffentlichen Rechts und befasst sich mit der rechtlichen Organisation sowie dem Handeln der öffentlichen Verwaltung. Es regelt die Beziehung zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern in Fällen, in denen der Staat als Staat auftritt und anhand von Bescheiden (sogenannten Verwaltungsakten) hoheitliche Entscheidungen trifft und gegenüber den Betroffenen eine sehr starke Stellung innehat.

Der Staat tritt aber nicht nur mit seinen hoheitlichen Aufgaben auf, sondern kann auch in privatrechtlicher Hinsicht tätig werden — nämlich dann, wenn die staatliche Behörde so handelt, wie es auch Bürgerinnen und Bürger tun: wenn sie zur Deckung des eigenen Bedarfs Anschaffungen tätigt, Räume mietet oder Arbeitsverhältnisse abschließt. In diesen Fällen hat die staatliche Stelle nicht mehr Rechte und Pflichten als alle anderen auch.

Merke: Das Verwaltungsrecht kommt immer nur dann zur Anwendung, wenn die staatliche Stelle in ihrer Rolle als Staat — also als Träger einer hoheitlichen Entscheidungsbefugnis — handelt.

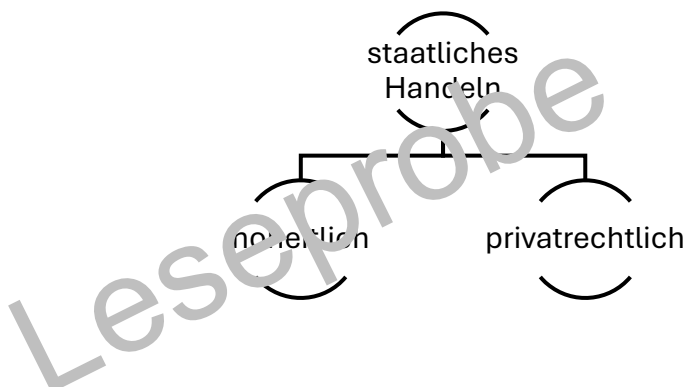


Abbildung 1 - staatliches handeln

Im Zuwendungsrecht

Im Rahmen des Zuwendungsrechts handeln die bewilligenden Stellen häufig in ihrer Eigenschaft als staatliche Behörden, weshalb das Verwaltungsrecht

die Grundlage für die Beziehungen zwischen der bewilligenden Behörde und den Zuwendungsempfängenden bildet.

Wichtig ist an dieser Stelle allerdings darauf hinzuweisen, dass in der Praxis auch Stellen Zuwendungen gewähren, die selbst keine Behörden sind, aber aufgrund ihrer fachlichen Expertise mit der Verteilung von Fördermitteln beauftragt wurden.

Diese Stellen verteilen Fördergelder zwar auf Grundlage der zuwendungsrechtlichen Vorschriften der §§ 23, 44 der Haushaltsordnung sowie etwaiger Förderrichtlinien. Das Rechtsverhältnis wird in diesen Fällen jedoch im Rahmen eines zivilrechtlichen Vertrages nach den Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) geregelt. Im Detail wird auf diesen Punkt im Abschnitt zur Beleihung (Kapitel 9.7) eingegangen.

Ob eine Stelle, die Zuwendungen verteilt, als Behörde im verwaltungsrechtlichen Sinne handelt oder nicht, ist für das gesamte Verfahren von ausschlaggebender Bedeutung.

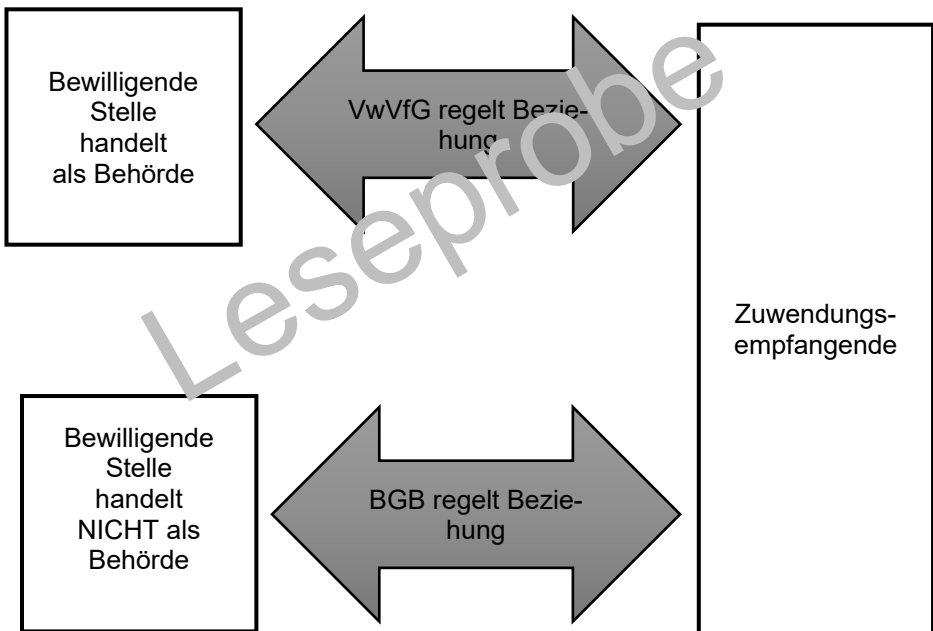


Abbildung 2 - Beziehung Behörde oder privat

Stichwortverzeichnis

A

Amtsermittlungsgrundsatz.....	114
Anfechtungsklage.....	106
Anhörung §28 VwVfG Zinsen	100
Auflage	43
Auflagenvorbehalt	44
aufschiebende Wirkung	104
Auswahlermessen.....	66

B

Bedingung.....	43
Befristung	42
Begründungspflicht	36
Beihilfenrecht	123
Bekanntgabefiktion	37
Beleihung.....	126
Bestandskraft	41
formelle.....	41
materielle	41
Bestimmtheitsgebot	36
Beurteilungsspielraum	64

C

Compliance	134
------------------	-----

D

Datenschutz	120
Digitalisierung	132
Digitalisierung Verwaltung	118
DNSH-Prinzip.....	137

E

Eingriffsverwaltung.....	6
Einstweiliger Rechtsschutz	108
elektronischen Akte.....	120
elektronischer Kommunikation	119
Entschließungsermessen	65

Ermessen	62
Ermessensfehlerlehre	68
Ermessensfehlergebrauch.....	70, 77
Ermessensnichtgebrauch.....	69
Ermessensreduzierung auf Null	71
Ermessensüberschreitung.....	69
Ermessensunterschreitung.....	<i>Siehe</i> Ermessensnichtgebrauch
Ermessensmissbrauch.....	<i>Siehe</i> Ermessensfehlergebrauch
Erstattung.....	89

F

Feststellungsklage	107
Fiskalisches Handeln	6
Förderrichtlinien	32

G

Gerichtliche Kontrolldichte §114 VWGO	72
Gesetzmäßigkeit	67
Gesetzmäßigkeit Verwaltung	5
Gestaltungsermessen	66
Gleichbehandlung.....	66
Gleichbehandlungsgrundsatz	68
Grundgesetz	12

H

Haushaltsrecht.....	16
---------------------	----

J

Jahresfrist Rücknahme §48 Abs.4 VwVfG	84
Jahresfrist Widerruf §48 Abs.4 VwVfG87	

K

KI-Gesetz (AI-act).....	139
Klagearten	106
Klagefrist	109

Klimaschutz 136

L

Leistungsklage 108

Leistungsverwaltung.....6

M

Mitwirkungspflichten 115

N

Nebenbestimmungen 42

Verhältnismäßigkeit 44

Nichtigkeit 39

Normenhierarchie 11

Notifizierungspflicht 125

P

Projektträger 126

Prüfungsrecht Verwaltung..... 116

R

Realakt 24

Rückforderung 24

Unionsrechtswidrige Beihilfe 136

Rücknahme

Erkennen 85

Rücknahme Verwaltungsakte..... 78

S

Selbstbindung Verwaltung 71

Subsumtion 12

Subventionsbetrug 122

U

unbestimmter Rechtsbegriff 64

V

Verhältnismäßigkeit..... 67

Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

Verstoß 70

Verpflichtungsklage 107

Vertrauensschutz..... 82, 99

Verwaltungsakt 23, 29

Außenwirkung..... 32

Automatisierung 119, 133

Behörde 31

Gebiet des öffentlichen Rechts.... 31

hoheitliche Maßnahme 30

Regelung Einzelfall..... 32

Rücknahme 78

Tatbestandsmerkmale 30

Widerruf 78

Verwaltungsbegriff

formell 5

organisatorisch..... 6

Verwaltungsermessen..... 62

Arten 65

Verwaltungsvorschriften..... 17

Verzinsung..... 89

Vorbehalt des Gesetzes..... 5

Vorrang des Gesetzes..... 5

W

Widerruf

Auflagenverletzung 74

Teilwiderauf rechtswidrig 66

zweckwidrige Verwendung 74

Widerruf von Verwaltungsakten 85

Widerrufsvorbehalt 44

Widerspruchsfrist *Siehe*

Widerspruchsverfahren

Widerspruchsverfahren 104

Frist 104

Kosten..... 106

Wegfall..... 105

Z

Zinspflicht

Erstattung 93

Zweckbindung 67

Zwischengeschaltete Stellen 126